

Die Beleuchtungssteuer.

— Die Ergebnisse derselben. —

Der Statutenentwurf über die einzuführende Beleuchtungssteuer, dessen wesentlichen Inhalt wir heute veröffentlicht haben, hat zu lebhaften Diskussionen Veranlassung gegeben und selbstverständlich zu den verschiedensten Kombinationen geführt. Im Vordergrund steht die Frage, ob auch die Budapester allgemeine Elektrizitätsgesellschaft den Strompreis erhöhen wird, da diese Gesellschaft derzeit noch ein Privatunternehmen ist und wohl erst am 1. Januar 1918 in den Besitz der Hauptstadt übergehen wird. Diese Frage ist bereits geklärt. Die Gesellschaft wird den Strompreis gleichfalls per Hektowatt um einen Heller erhöhen; das Nutzerträgnis dieser Erhöhung wird jedoch — nach einem bereits zustandekommenen Uebereinkommen — zu 75 Prozent der Hauptstadt und nur zu 25 Prozent der Unternehmung zufallen.

Welches materielle Ergebnis die Beleuchtungssteuer für die Hauptstadt bedeutet, läßt sich nur annähernd feststellen. Die Gasproduktion dürfte im nächsten Jahre — für dieses Jahr war sie mit 90 Millionen Kubikmeter veranschlagt — 100 Millionen betragen. Davon sind steuerfrei 14 Millionen Kubikmeter für Straßenbeleuchtung, etwa 5 Millionen Kubikmeter Gas verflüchtigen und circa 4 Millionen Kubikmeter entfallen auf die Beleuchtung kommunaler Gebäude. Zur Besteuerung verbleiben somit 77 Millionen Kubikmeter à 2 Heller per Kubikmeter. Das Steuerträgnis aus dem Gas wird also 1.500.000 K. ausmachen. Aus der Preiserhöhung des Gases dürften 1.200.000 K. erzielt werden, so daß das Gesamtergebnis aus diesen Beleuchtungsstoffen circa 2.700.000 K. ausmachen dürfte.

Die Besteuerung des elektrischen Stromes und dessen Preiserhöhung dürfte ein noch größeres Ergebnis zeitigen. Approximativ berechnet werden in Budapest von sämtlichen Stromerzeugungsanlagen inklusive Straßenbahnen und Fabriksanlagen 180.000.000 Kilowattstunden Strom erzeugt. Angenommen nun, daß von diesem Strom 100 Millionen Kilowattstunden für eigene Zwecke verwendet werden und nur der Produktionssteuer von 1 H. per Kilowattstunde unterfallen, so wird die Hauptstadt an Produktionssteuer 1 Million Kronen einnehmen. Es verbleiben somit für die Konsumenten 80 Millionen Kilowatt oder 800 Millionen Hektowatt übrig. Diesen Strom zum vollen Preise, d. h. zu 7 H. per Hektowatt abgegeben, wird die Hauptstadt erstens an der Preiserhöhung 800.000 K. und an der Steuer — 10% = $\frac{7}{10}$ H. per Hektowatt — 5.600.000 Kronen, insgesamt also 6.400.000 K. einnehmen. Diese Berechnung erhebt

selbstverständlich auf Zuverlässigkeit keinen Anspruch, weil positive Daten hierüber nicht zur Verfügung stehen. Eine bedeutende Reduktion dürfte sich daraus ergeben, daß beim Gas beispielsweise den Großkonsumenten Rabatt gegeben wird, — die Staatsbahnen erhalten 25 Prozent —, während der Strompreis für Großkonsumenten von Fall zu Fall vereinbart wird. Den vollen Gas- und Strompreis, sowie die volle Steuer werden nur die Kleinkonsumenten, d. h. die Haushaltungen bezahlen.

Was die Erhöhung der Beleuchtungsstoffpreise und die Besteuerung derselben für die Haushaltungen bedeutet, erhellt aus folgender Aufstellung: Eine elektrische Beleuchtungsbirne mit 32 Kerzen Leuchtkraft konsumiert in der Stunde 0.4 Hektowatt Strom, der, 7 H. per Hektowatt berechnet, 2.8 H. kostet — bisher betrug der Preis bei 6 H. per Hektowatt 2.4 H. —, hiezu die Steuer, die circa 0.2 H. ausmacht, wird eine Stunde Beleuchtung mit einer Birne von 2.4 auf 3 H., also um 0.6 H. steigen. Bei der Gasbeleuchtung stellt sich das Verhältnis günstiger. Mit 20 H. per Kubikmeter berechnet — so viel kostete das Beleuchtungs gas auch bisher —, kommen nur die 2 H. Steuer in Betracht. Ein Auerbrenner verzehrt in circa sieben Stunden — die Stunde mit 140—150 Liter Gas angenommen — einen Kubikmeter Gas. Bei Gas wird die Beleuchtung also in sieben Stunden um 2 H., beim elektrischen Strom dagegen um 4.2 H. höher zu stehen kommen. Anders verhält es sich freilich beim Haushaltungsgas, welches nebst der Steuer um 4 H. per Kubikmeter erhöht wird. Für die Herstellung eines Bades wird allgemein der Verbrauch von zwei Kubikmetern Gas angenommen. Dieses Gas kostete bisher à 16 H. per Kubikmeter 32 H. Nunmehr wird es 40 H. + 4 H. Steuer, also 44 H., d. h. um 12 H. höher zu stehen kommen als bisher. In demselben Verhältnis wird sich der Verbrauch von Gas für andere Haushaltungszwecke erhöhen.

Als interessanten Umstand wollen wir noch erwähnen, daß die Budapester Straßenbahngesellschaft an den Magistrat bereits eine Eingabe gerichtet hat, in welcher gegen die Produktionssteuer von Strom Stellung genommen wird. Die Straßenbahngesellschaft erzeugt für ihren eigenen Betrieb jährlich 35.000.000 Kilowattstunden Strom, nach welchen sie an Produktionssteuer jährlich 350.000 K. zahlen müßte. Die Gesellschaft beruft sich darauf, daß sie der Hauptstadt 16 Prozent ihrer Bruttoeinnahmen bereits als Beteiligung abgibt, daß es also ungerecht wäre, sie mit einer neuen Steuer zu belasten und damit doppelt zu besteuern.

Auch der Bund Ungarischer Fabriksindustrieller hat an die Hauptstadt eine Eingabe gerichtet, in welcher darum gebeten wird, auf die geplante Preiserhöhung und Besteuerung des elektrischen Stromes zu verzichten. Die Unterbreitung lenkt die Aufmerksamkeit der Hauptstadt darauf, daß die Einkünfte der Hauptstadt in Folge der neuen Kriegssteuern ohnehin beträchtlich steigen werden. Die Preiserhöhung und Besteuerung des elektrischen Stromes und des Leuchtgases würden, wie die diesbezüglich im Inland und Ausland gemachten Erfahrungen zweifellos beweisen, nur eine Abnahme des Stromkonsums und eine Verringerung der Rentabilität der Elektrizitätsanlagen nach sich ziehen, so daß die von der Hauptstadt erwartete Mehreinnahme ausbleiben wird. Demgegenüber wird jener Theil der Fabriken und des Publikums, der den Stromverbrauch nicht reduzieren kann, eine neue schwere Last zu tragen haben, die Lebensführung in der Hauptstadt wird noch weiter vertheuert werden und die Konkurrenzfähigkeit der Fabriken gegenüber jenen inländischen und ausländischen Unternehmungen, die mit keiner solchen Steuer belastet sind, wird stark gelähmt sein. Nach Ansicht des Bundes Ungarischer Fabriksindustrieller würde die Hauptstadt zu viel größeren Einnahmen gelangen, wenn sie den nicht rentablen Stromverbrauch stärker reduzieren und mit einer Herabsetzung der Einheitspreise des elektrischen Stromes und des Leuchtgases den Privatkonsum möglichst fördern würde.